



THÜRINGEN LIBERAL

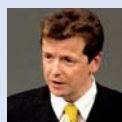
ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
01 | 2007 JAHRGANG 5



Kulturkampf im Freistaat Entzieht sich das Land seiner Verantwortung?



Rettet die Werra:
FDP gegen die Einleitung
von Steinsalzlösung in
Thüringer Fluss



Bundestagsrede von
Uwe Barth MdB:
Placeboveranstaltungen
der Großen Koalition



Liberaler Programmatik:
Landesfachausschüsse
bereiten virtuelles
Liberales Lexikon vor



Wahlen in den Kreisverbänden

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

in fast allen Kreisverbänden sind bereits oder werden in den kommenden Wochen die Kreisvorstände gewählt. Die Legislaturen enden, es folgen turnusgemäß Neuwahlen. Oberflächlich betrachtet steht eine ruhige Legislatur an. „Echte“ Wahlen wird es voraussichtlich nicht geben, obwohl diese seit 2005 nicht auszuschließen sind. Die Kommunalparlamente feiern Bergfest, Bürgermeister und Beigeordnete sind vielerorts gerade erst gewählt. Der Schein einer ruhigen Legislatur trägt aber: Denn die kommenden zwei Jahre sind entscheidend für die Vorbereitung zum Superwahljahr 2009.

Der Anspruch an 2009 ist hoch: Die FDP Thüringen strebt die Verdopplung ihrer Bundestagsmandate, den robusten Einzug in den Thüringer Landtag und die Beseitigung der verbliebenen letzten weißen Flecke bei

den Kommunalparlamenten an. Die Verantwortung für diese Ziele liegen bei dem gerade gewählten Landesvorstand und bei den jetzt zu wählenden Kreisvorständen. Das Brot der jetzt gewählten ist das harte Brot der Vorbereitungszeit. Sie stellen die personellen und programmatischen Weichen. Dies gilt für den Landesvorstand, dies gilt für die Kreisvorstände. Schließlich werden ein halbes Jahr vor den Wahlen 2009 keine grundlegenden Personaländerungen mehr durchgeführt.

Dies im Sinne sollten Sie, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, die Wahlen in Ihren Kreisen ernst nehmen. Gewählt werden nämlich nicht nur die Vorstände, sondern auch die Delegierten zum Landesparteitag sowie die Vertreter ihres Kreisverbandes im Landesparteirat, dem zweithöch-



ten Gremium unserer Partei. Sie üben somit mit Ihrer Wahl auf Kreisebene unmittelbaren Einfluss auch auf die Landesebene aus. Für Ihren Kreis wichtiger ist die richtige Aufstellung für 2009. Beurteilen Sie die bisherige Arbeit Ihres Kreisvorstandes fair, gerecht aber auch an den Maßstäben und Ansprüchen unserer Partei und unserer Ziele. Wer 2009 Mandatsverantwortung will, muss jetzt bereit sein, Verantwortung im Kreis zu übernehmen.

Sehr herzliche Grüße

Ihr

Uwe Barth MdB
FDP-Landesvorsitzender

Parlamentsunwürdigkeiten

Stasi, Stasi – und kein Ende

Der lange Schatten der Staatssicherheit reichte bis ins Jahr 2006. Anfang des Jahres sorgten die Namen Hagen Bossdorf und Ingo Steuer sowie der Film „Das Leben der Anderen“ für große Aufmerksamkeit. Mitte März sprengten 200 Ex-Mitarbeiter der Stasi in Hohenschönhausen eine Diskussionsrunde. Die Thüringer PDS-Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld wurde im Mai, ihr Parteigenosse Frank Kuschel im Juli wegen Stasischnüffeldienste für parlamentsunwürdig erklärt. Dies hat in Thüringen nur moralische Auswirkungen, praktisch sitzt die Stasi weiter in der Volksvertretung.

Nach der Sommerpause machte FDP-Landeschef Uwe Barth MdB, darauf aufmerksam, dass das Stasi-Unterlagen-Gesetz zum Jahresende auslaufe, wenn gesetzgebend nicht gehandelt werde. Anfang November lag dem Bundestag tatsächlich eine Novellierung vor, die allerdings ab 2007 die Regelüberprüfung in weitem Umfang beenden würde. Gegen dieses Vorhaben von

Schwarz-Rot-Grün (!) machte die FDP mobil, CDU und SPD einigten sich kurzfristig auf die Absetzung des Gesetzes. Ende November dokumentierte das ZDF unter dem Titel „Die Spur der Spione“ den Fall des ehemaligen FDP-Fraktionschefs im Jenaer Stadtrat, Dr. Manfred Ludwig. Ihm wurden von der Stasi zur „Markierung“ und Verfol-



gung vermeintlicher Spione radioaktiv markierte Papiere untergeschoben. Einen Tag später beschloss der Bundestag eine veränderte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. „Die FDP wird dem Gesetz zustimmen, auch wenn es in einigen Punkten nicht weit genug geht“, sagte Uwe Barth im Plenum, der für die FDP-Fraktion sprach. Er hob hervor, dass die weitere Aufarbeitung des Unrechts der zweiten deutschen Diktatur nach wie vor unverzichtbar sei. Barth betonte, dass bei der Verlängerung des Gesetzes Konsens aller Demokraten herrsche. Die PDS lehnte die Novellierung ab.

Zu erwarten ist auch für die kommenden Jahre eine Relativierung, Verharmlosung und Verniedlichung verbrecherischer Untaten der damaligen SED durch die heutige PDS. Der Umgang mit der eigenen Vergangenheit, die fehlende Aufarbeitung und das Zurückweisen von Verantwortung trägt dazu bei, dass es totalitäre Strukturen weiter bis in die Mitte der Parlamente schaffen. pak



Rettet die Werra!

FDP gegen die Einleitung von Steinsalzlösung in Thüringer Fluss

Wer erinnert sich nicht daran? Weitgehend tote Flüsse in Thüringen. Ursache dafür: Ungeläuterte und zum Teil industrielle Abwässer sowie Salzbelastungen. So auch in der Werra. Nach Schließung der Thüringer Kaligruben verringerte sich die Salzbelastung der Werra wesentlich. Im damals weitgehend toten Fluss begann wieder neues Leben: neuer Fischbestand sowie normale ufernahe Pflanzenwelt. In Rahmen des deutschlandweit bekannten Naturparks „Eichsfeld-Hainich-Werratal“ empfehlen sich heute die Werra und ihre Uferregion als attraktiver Wasser-, Rad- und Wanderweg.

Nun plant aber die K+S KALI GmbH zukünftig eine zusätzliche Einleitung von Steinsalzlösung in die Werra. Dazu ist eine 63 Kilometer lange Pipeline vom Kaliwerk Neuhoof-Ellers (an der Fulda) zum Kaliwerk Werra in Hattdorf geplant. Das Werk Neuhoof-Ellers könnte seine Abfallsalzlösungen in die Nahe gelegene Fulda leiten, was aber

die Behörden nicht erlaubten. Die zusätzliche Belastung von Fulda oder Werra führen zu einer Mehrbelastung der Weser. Anrainerorte und -kreise, wie Eschwege, Bad Sooden-Allendorf, Witzhausen, Hann. Münden sowie die Landkreise Eichsfeld, Göttingen und andere haben bereits ihren Widerstand gegen diese Abfallentsorgung mit Einwendungen beim Regierungspräsidium Kassel bekundet.

Es ist heute nicht unbedingt wirtschaftlich und technisch notwendig, Salzabfälle oberirdisch zu lagern oder in Flüsse zu leiten. Eine unterirdische Deponie, noch dazu in betriebseigenen Salzbergwerken, ist möglich. Der Geschäftsbericht von 2006 der K+S KALI GmbH weist höchste Gewinne und Umsätze aus. Einen Teil davon muss die K+S KALI für eine umweltfreundliche Entsorgung seiner Abfälle einsetzen. Der FDP-Landesvorstand sollte die Thüringer Landesregierung auffordern, gegen eine weitere Werra-

Verschmutzung durch K+S KALI GmbH vorzugehen. Der Naturpark „Eichsfeld-Hainich-Werratal“ wird schließlich mit Finanzmitteln des Landes unterstützt. Die Landesregierung muss Ihre Interessen zum Schutz des Naturparks und damit der Werra bei der Landesregierung Hessen durchsetzen. Gleiches sollte auch die Landesregierung Niedersachsen bezüglich des Schutzes der Weser tun.

Im Einklang mit der lokalen Bürgerinitiative „Rettet die Werra“ aus Bad Sooden-Allendorf (Informationen gibt es auf der Webseite www.rettet-die-werra.de) unterstützt der FDP-Kreisverband Eichsfeld die Werra-Anrainer-Dörfer des Eichsfeldkreises in ihrem Kampf gegen eine erneute Werra-Verschmutzung. Auf Anregung durch den FDP-Kreisvorstand hat auch der Landkreis Eichsfeld seinen Widerstand gegen die Wer-raverschmutzung bekundet. Peter Zimmermann, Diplom-Ingenieur für Geotechnik

Kulturkampf wird angenommen

Es dreht sich alles ums Geld



Seit nunmehr einem halben Jahr steht die Debatte um Kürzungen in der Kulturlandschaft Thüringens in voller Blüte. Nachdem sich die Thüringer FDP öffentlich gegen die scheinbar ohne Konzeption beabsichtigten Streichungen wendete, beschäftigten sich Landesparteitag und Landesparteirat mit der Kulturthematik. Grundlage waren unterschiedliche Parteitageanträge, die an den Parteirat verwiesen wurden. Schwierig war vor allem: Der Vorschlag zur Einführung eines Kulturraumgesetzes nach sächsischem Vorbild.

Im Nachbarfreistaat wurden Kreise und Kommunen zu Kulturräumen zusammengefasst, die bei entsprechender Finanzausstattung ihre Kulturpolitik und ihren Kulturauf-

wand selbst regeln. Auch die Thüringer SPD hat diesen Vorschlag in den Thüringer Landtag eingebracht, die CDU-Regierungsfraktion lehnte diesen in der ersten Lesung nicht ab, sondern bewertete diesen als interessant.

Dabei stellt ein Kulturraumgesetz alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Unbeantwortet bleibt die Frage, ob die Kultur per Kulturraumgesetz auf dem jetzigen Stand gehalten werden kann. Grundsätzlich bedenklich ist, dass sich das Land mittels Kulturraumgesetz aus seiner eigenen Verantwortung entlässt, seinem Kulturauftrag. Das Gesetz würde, ähnlich der Familienoffensive, die Verantwortung für die An-

gelegenheiten der Theater und Orchester auf die Kommunen verlagern. Künftig müssten dann also die Kommunen selbst über die Kulturfinanzierung entscheiden. Allein ein solches Vorhaben lehnen Liberale entschieden ab. Die Gestaltung der Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen gehört in die Kompetenz des Landes. Dies muss weiterhin so bleiben.

Bei Errichtung von Kulturräumen selbst ist davon auszugehen, dass sich größere Probleme einstellen werden. Denn nicht die Landkreise selbst, sondern mehrere Landkreise würden in einem Kulturraum zusammengefasst werden. In Thüringen führt dies dazu, dass Städte und Landkreise, die

derzeit kein Theater oder Orchester besitzen, für Kultureinrichtungen in Nachbarkreisen Gelder freigeben müssten. Bei Geld allerdings sind nicht nur der Freundschaft sondern auch dem kommunalen Solidargedanken enge Grenzen gesetzt. Langwierige und sich periodisch wiederholende Finanzverhandlungen werden kaum die Planungssicherheit der Theater und Orchester erhöhen. Zudem kann sicher davon ausgegangen werden, dass sich insbesondere Politiker in die Belange der Hausleitungen einzumischen versuchen werden. Dies ist leider in sehr vielen anderen Bereichen Praxis, warum sollte dies bei der Kultur anders sein.

Der FDP-Landesparteirat hat indes ein ganz klares Votum für den Erhalt der Kultur

in Thüringen abgegeben und lehnt insbesondere die geplanten Einsparungen ab. Angesichts des Landeshaushaltes von zehn Milliarden Euro und der jährlichen Neuverschuldung von einer Milliarde Euro sind die geplanten Streichungen von zehn Millionen Euro völlig unverhältnismäßig. Ein Kulturraumgesetz wird der Thüringer Kulturlandschaft in ihrer jetzigen Vielgestaltigkeit eher schaden als nützen.

Insbesondere unter dem Aspekt einer fehlenden Perspektive bei der Verwaltungsstruktur- und Gebietsreform sowie einer Theater- und Orchesterkonzeption sind Finanzveränderungen abzulehnen. Entweder muss die Landesregierung eine Bestandsgarantie für die jetzigen Verwaltungsstrukturen

leisten (was wir ablehnen) oder eine ganz klare Perspektive für eine Veränderung dieser Strukturen geben. Erst in diesem Zusammenhang kann und muss auch über veränderte Strukturen im Kultursektor beraten werden.

Gleichzeitig betonte der Landesparteirat, dass nicht nur das Land bei der künftigen Kulturpolitik in der Pflicht ist. Die Sicherung der finanziellen Grundausstattung darf unserer Ansicht nach nicht als Freibrief verstanden werden. Auch für Theater und Orchester gelten in gewissen Rahmen Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit, die das Publikumsinteresse heben und andererseits die Position der Theater und Orchester stärken könnten. pak



Placeboveranstaltungen der Großen Koalition

Uwe Barth aus dem Deutschen Bundestag

Seit Bestehen der Großen Koalition leidet selbige unter einem Lobdefizit. Sie bekämpfte es bei der Haushaltsdebatte im Bundestag Ende 2006 durch intensives Eigenlob. Der Zufall wollte es, dass gerade in jener Woche der Haushaltsberatungen sich die Wahl Angela Merks zur Bundeskanzlerin jährte. Und eine Nachlässigkeit sorgte dafür, dass am Jahrestag Unions-Fraktionschef Kauder der Kanzlerin ein Strauß rosa Röschen überreichte, derweil SPD-Fraktionschef Struck nichts dergleichen hatte. „Warum Sie ihm keine Blumen gebracht haben oder er Ihnen keine Blumen gebracht hat, hat dann Herr Struck wie folgt begründet: Sie würden sich nicht Blumen schenken, sondern lieber gemeinsam einen trinken gehen. Das kann ich verstehen, denn nüchtern ist diese Lobhudelei nicht zu ertragen“, kommentierte FDP-Chef Guido Westerwelle den Bier-Kommentar Strucks. Die schwarz-rote Selbstverherrlichung beschränkte sich nicht nur auf den Tag der Regierungserklärung. Thüringen Liberal dokumentiert einen Teil der Plenardebatte des FDP-Landesvorsitzenden Uwe Barth zum Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

„Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man nach gerade mal 14 Monaten Zugehörigkeit zu diesem Hohen Hause gelegentlich noch Neues erlebt, ist an sich nicht weiter verwunderlich. Das, was sich aber hier abspielt ist für mich nicht nur neu. Diese Debatte offenbart ein Maß an Realitätsverlust und findet in einer

Art Selbstgefälligkeit statt, die ich so für nicht möglich gehalten hätte.

Seit fast drei Tagen loben und bedanken Sie sich hier gegenseitig, der Auftritt ihrer Fraktionsvorsitzenden war nur der gruselige Höhepunkt in diesem Schauspiel. Sie klopfen sich auf die Schultern, dass es nur so kracht und können durch den aufgewirbelten Staub die Realität offenbar nicht mehr klar erkennen. Sie berauschen sich an Erfolgen, die außer ihnen niemand wahrnimmt und halten sich Entwicklungen zugute, an denen sie maßgeblich unschuldig sind. Ich weiß, dass die Kollegen von der SPD sich unfair behandelt fühlen, wenn man sie an ihre Wahlversprechen erinnert. Aber bei den Kollegen von der Union muss doch zumindest noch ein Funke Erinnerung an den Wahlkampf vorhanden sein. In diesem Wahlkampf haben wir gemeinsam die Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze als Voraussetzung für die Zukunft des Standortes Deutschland erkannt. Hochqualifizierte Arbeitsplätze brauchen aber zwei Voraussetzungen. Erstens: starke Hochschulen, die entsprechend gut ausgebildete Absolventen hervorbringen und zweitens: eine starke, anwendungsorientierte F&E-Landschaft als Transmissionsriemen zur Wirtschaft. In Zeiten knapper Kassen ist dies nur durch Prioritätensetzung zu erreichen. Diese Prioritätensetzung ist weder im Gesamthaushalt noch in der Tagespolitik dieser Regierung zu erkennen. Die Zersplitterung der Forschungszuständigkeiten zu Beginn der Legislatur, war eine Niederlage für eine Forschungspolitik

aus einem Guss. Das setzt sich fort in der Tagespolitik. Die Ministerin muss sich in Placeboveranstaltungen flüchten, um überhaupt stattzufinden. Innovationswochen, Memoranden und Dialoge, von Heerscharen von Beamten in Bund und Ländern mit Riesenaufwand vorbereitet, helfen nicht, wenn sie nicht Prioritäten setzen und diese Showveranstaltungen können auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hochschulen dramatisch unterfinanziert sind und trotz Hochschulpakt auch bleiben.

Gerade wurde der Haushalt des Arbeitsministers beraten. Gesamtvolumen 124 (!) Mrd. Euro – fast die Hälfte des Gesamthaushaltes. Zuwachs gegenüber dem letzten Jahr 5 Mrd. Euro. Wir sprechen über einen Gesamthaushalt von rund 8,5 Mrd. für Bildung UND Forschung. Soviel zum Thema Prioritäten. (...)

Machen wir einmal Bestandaufnahme: Auch nach 16 Jahren weitgehend ineffektiven Geldverteilens hat der Osten nicht die Wirtschaftskraft des ehemaligen Bundesgebietes erreicht. Warum?! Weil die Politik bis heute nicht begriffen hat, dass der Schlüssel für mehr Wachstum in mehr Innovation liegt. Einen echten Wirtschaftsaufschwung Ost kann es nur über eine starke anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung geben. Dies stärkt Unternehmen vor Ort. Dies bewegt Unternehmen, sich auch im Osten unseres Landes anzusiedeln. Dies schafft letztlich zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Es gibt punktuell fantastische Leuchtturmprojekte und aufstrebende Regionen, das ist wahr. Aber diese Leuchttürme kann man auch als Singularitäten bezeichnen. Denn es fehlt an einer Vernetzung von (mittelständischer) Wirtschaft und Forschung. (...)

Deutschland braucht eine Zukunft als attraktiver Forschungs-, Dienstleistungs- und Industriestandort. (...) Das geht nur mit exzellenten und gut ausgestatteten Hochschulen und Arbeitsplätzen in innovativen Industrien. Unser Land ist auf kluge Köpfe angewiesen. Die OECD hat zu recht festgestellt: Die Hälfte des Wirtschaftswachstums hängt heute von Bildung ab. Die jungen Menschen, die sich bilden wollen, die etwas leisten wollen, verdienen ein klares Signal: Ihr seid uns willkommen, wir brauchen euch, und wir sind bereit, euch die Hochschulen zu bieten, die euch die Leistungen möglich machen. Ein solches Signal müsste von der Politik der Bundesregierung ausgehen. Genau das aber geschieht mit diesem Haushalt nicht.“ red

Liberaler Werte

Zwischen Gutmenschen und Glaubenskriegern

Gibt es einen Verlust liberaler Werte? Welche Rolle spielen Gutmenschen, die den Menschen vor sich selber schützen wollen? Was ist mit Glaubenskriegern, die in religiöser aber auch säkularisierter Form auftreten? Solche Fragen zu beantworten, nahmen sich Ende November die Liberalen Frauen Thüringen gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung vor. Die Expertenrunde war mit Holger Krahrmer MdEP (Europäisches Parlament, Brüssel), Horst-Holger Boger (Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung) und Geritt Sprenger (Richter am Amtsgericht Stadtroda) hochkarätig besetzt.

So spannte sich dann auch der Bogen der Statements über den Liberalismus in der europäischen Union und seine Grenzen bis hin zu nationalen Tendenzen zum „Gläsernen Bürger“; wurde aufgezeigt, dass bei Gutmenschen die Gesinnung über die Urteilskraft triumphiert und Gotteskrieger den Tod lieben und nicht das Leben. Bei so viel-

schichtigen Ansätzen war die nachfolgende rege Diskussion der zahlreichen Gäste nicht verwunderlich, die besonders das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit bewegte.

Dieses Thema ist einfach zu umfangreich, um es in einer Veranstaltung erschöpfend zu behandeln. Wir werden deshalb zwei der aufgeworfenen Fragen – wie wir unsere Kinder auf die Welt vorbereiten können, dass sie mit den gigantischen Wahlmöglichkeiten des globalisierten Marktes zurecht kommen und ob die Demokratie im globalen Wettbewerb an ihre Grenzen stößt – in weiteren Diskussionsrunden erörtern. Dass die Liberalen Frauen dabei wieder mit der Unterstützung von Holger Krahrmer rechnen können, der mit seinen fundierten Aussagen und seiner sympathischen Art stark beeindruckte, freut uns sehr; ebenso die zugesicherte Fortführung der Zusammenarbeit mit der Naumann-Stiftung. *Gisela Sparmberg, Vorsitzende der Liberalen Frauen Thüringen*

Schöne Bescherung

Weimarer Klinikum erhielt Geschenke

Auch 2006 überreichten die Liberalen in Weimar zu Weihnachten den kleinen Patienten der Kinderstation des Weimarer Klinikums Spielsachen, Früchte und Süßigkeiten. Weimars FDP-Chef Norbert Staniszewski, die Vorsitzende der Liberalen Frauen Weimar Maria-Elisabeth Grosse sowie der Vorsitzende des Liberalen Mittelstandes Thomas L. Kemmerich überreichten die Geschenke an den Chef der Kinderstation, Dr. Thomas Rusche, sowie dem diensthabenden Oberarzt Dr. Andreas Köhler.

Auch in der Kindertagesstätte in Taubach bei Weimar erhielten mehr als 30 Kinder Geschenke von den Liberalen. Karin Witte, die Leiterin der Einrichtung, bedankte sich vor allem für die neuen Spielsachen. „Noch dankbarer allerdings war es, in die vielen kleinen, zufriedenen Gesichter zu blicken, aus denen uns große und staunende Augen entgegenstrahlten“, sagte Staniszewski. Ne-

ben dem FDP-Kreisverband Weimar und dem Liberalen Mittelstand sponserten die REWE-Konsumgenossenschaft und das Kaufland Weimar die Geschenke. Ihnen sei sehr herzlich gedankt. Der Besuch der Weimarer Liberalen kurz vor Weihnachten auf der Kinderstation des Klinikums ist bereits zur guten Tradition geworden und empfiehlt sich bester Nachahmung in anderen Kreisverbänden. *Matthias Purdel, Weimar*



Beschenkten die Kinder: Thomas L. Kemmerich, Norbert Staniszewski und Maria-Elisabeth Grosse

Klares Profil

JuLis auf dem Weg nach 2009

Seit dem Wochenende vor Weihnachten haben die Jungen Liberalen in Thüringen einen neuen Landesvorstand. Neuer Landesvorsitzender ist Patrick Brauckmann. Er löste Gerhard Jahns ab. Johannes Bruns wurde erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden für Programmatik gewählt. Neuer stellvertretender Landesvorsitzender für Organisation ist Paul Gellner. Schatzmeister bleibt Kevin Vogel aus dem Weimarer Land. Beisitzer des Vorstandes sind Conrad Wrobel, Benjamin Tolle, Berthold Hausteine und Benjamin Fritzsche.

Mit dem Landeskongress der Jungen Liberalen (JuLis) im Dezember 2006 und der ersten programmatischen Klausursitzung des neuen Landesvorstandes im frühen Januar 2007 wurde auch inhaltlich der Grundstein gelegt, erfolgreich liberale Politik machen zu können. Einen besonderen Schwerpunkt sehen die JuLis dabei in der Stärkung der Bürgerrechte und in der konsequenten Umsetzung liberaler marktwirtschaftlicher Ansätze.

Nur ein klares Profil in diesen „Kernkompetenzen“ kann dabei helfen, als Liberale auch wirklich wahrgenommen zu werden. Die Grundprobleme des Landes Thüringen, Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen und eine vergleichsweise schwache Wirtschaft, wollen die JuLis an den Wurzeln packen. Lediglich Symptome zu heilen und die Sozialsysteme zur Bekämpfung schwerwiegender Fehlschlüsse der „Großen Koalition“ einfach nur zu reformieren, halten die Jungen Liberalen für den falschen Weg.

Auf dem kommenden Landesparteitag der FDP wollen die JuLis daher mit eigenen Anträgen liberale Politik in Thüringen mitgestalten. Mit der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes noch in diesem Jahr soll dann der Verband auch für 2009 positioniert und aufgestellt werden. Ein klares liberales Profil wird dabei vorherrschend sein, womit die JuLis sich auf dem besten Weg nach 2009 befinden.

Wer die JuLis in Thüringen unterstützen möchte oder einfach nur den Kontakt sucht, kann dies unter www.julis-thueringen.de oder per eMail an info@julis-thueringen.de gerne tun. *Patrick Brauckmann*



Stahlhalbzeuge aus Thüringen

PräziPlan® Präzisionsflachstahl nach DIN 59350

EcoPlan® vorbearbeiteter Werkzeugstahl

VarioPlan® sechsseitig feingefräst – Freiheit in drei Dimensionen

VarioRond® Rundmaterial, fix gesägt zum Stückpreis

EroBlock® erodierfertig gehärtet für Schmittwerkzeuge

optimale Werkstoffe

MINKOR® Formen besser bearbeiten – ohne Korrosion

TOOLOX® der härteste fertig gehärtete Werkzeugstahl

TENASTEEL® stanzen und schneiden – zäh und hart



Online kalkulieren auf www.stahlnetz.de

Wir suchen zur Verstärkung unseres
CNC - Fertigungsteams eine/n

qualifizierte/n CNC - Fräser/in

Sie sind:

- ⇒ leistungsorientiert und ehrgeizig
- ⇒ erfahren in Programmierung und Betrieb von CNC-Maschinen
- ⇒ interessiert an der Programmierung mit CAM - Systemen
- ⇒ Facharbeiter mit qualifiziertem Abschluss

Ihre Bewerbung interessiert uns!

Du brauchst "greifbare" Ergebnisse
Deiner Arbeit?

Du hast technisches Interesse und
bist gut in Mathe?

Dann bist Du genau richtig für die

**Ausbildung zum/zur
Zerspanungsmechaniker/in**

Bei uns gibt's eine optimale Ausbildung bis
hin zur selbstständigen Fertigung komplizierter
Bauteile für den Maschinen- und
Werkzeugbau.

Jetzt bewerben. Wir brauchen die Besten.

Optionsmodelle statt Mammutbehörde

Dezentrale Organisationsstruktur der Arbeitsvermittlung erfolgreich

Mit der Trennung der Arbeitslosenhilfe von der Bundesagentur (BA) und der Gründung der Arbeitsgemeinschaften (ARGE) zur gebündelten Betreuung dieser Leistung mit der kommunalen Sozialhilfe ist meist nicht viel mehr, als die Betreuung Arbeitsloser geschehen. In weiter Ferne ist oft das eigentliche Ziel, die Vermittlung in den Ersten Arbeitsmarkt. Dabei ist eine dezentrale Organisationsstruktur der Arbeitsvermittlung besser geeignet, auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes vor Ort zu reagieren, als die zentrale Behörde „Bundesagentur für Arbeit“ mit fast 100.000 Mitarbeitern. So genannte Optionsmodelle arbeiten bereits jetzt erfolgreich.

In Thüringen gibt es derzeit zwei: Jena und das Eichsfeld. Jena hat noch eine Besonderheit: Dort wurden kommunale Aufgaben in den Eigenbetrieb „Jenarbeit“ ausgliedert. Diese marktwirtschaftlich arbeitende Betriebsform ist effektiv und spart Kosten. Betreut werden über 6.500 Bedarfsgemein-

schaften mit ca. 10.000 Jenaer Bürgern. Monatlich erhalten mehr als 100 Personen eine Beschäftigung, die mindestens sechs Monate andauert. Weiterhin sind die Jobvermittler mit ca. 60 offenen Stellen pro Woche teilweise nicht in der Lage, Arbeitssuchende hierfür ausfindig zu machen.

Das Optionsmodell gibt es bundesweit in nur 69 Kommunen. Seit seiner Einführung kritisierte die FDP diese Beschränkung und fordert Freiwilligkeit. Denn sind die Kommunen für die Arbeitsvermittlung zuständig, wird der Wettbewerb zwischen den Kommunen, um den besten Erfolg bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, erhöht. Im Gegensatz dazu ist das Optionsmodell nur befristet auf sechs Jahre. Die FDP wird sich dafür einsetzen, die Zahl der Optionskommunen zu erhöhen und die Befristung zeitlich zu verlängern. Letzteres muss den Kommunen frühzeitig signalisiert werden. Immerhin geht es insbesondere um Planungssicherheit. Für die FDP lohnt es sich,

auch mit diesem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir haben für die sozialen Probleme Konzepte vorzuweisen. Mit uns findet Bürokratieabbau statt, Behörden werden zu echten Dienstleistern am Bürger. Und mit der Verlängerung des Optionsmodells gibt es bereits einen ersten Auftrag an die Landtagsfraktion 2009. *Holger Joseph.*



Mammutbehörde Arbeitsamt

FDP-Arbeitsjahr 2007

Geschwindigkeit und „Betriebstemperatur“ aufrecht erhalten

Es gibt viel zu tun für die Thüringer Liberalen. Die FDP ist in ihrer Bedeutung gestiegen, die letzten Umfrageergebnisse zeigen es. Dies liegt in erster Linie an der Beständigkeit und Konsequenz, mit der wir für liberale Politik und wirtschaftlichen Vernunft eintreten. Die zahlreichen Wortbrüche der mittelgroßen Koalition im Bund tun das ihrige ebenso, wie die Regungslosigkeit der CDU-Alleinregierung in Thüringen. Gleiches gilt für die eindeutigen Anbieterungen der Thüringer SPD an die PDS.

Allein die parteitaktischen Gründe reichen aber nicht aus, den Aufschwung für die liberale Sache zu stabilisieren. Programmatik und Infrastruktur müssen weiter ausgebaut werden. Dafür wird 2007 genutzt. Die Thüringer FDP kann dabei von einer guten Basis aus starten. Keine andere Partei im Freistaat hat ein derartig konkretes Programm zur Kreisgebietsreform aufgelegt.

Die Frage um die Länderkooperation Mitteldeutschland wird ebenso mit der FDP verbunden, wie die Beschäftigung mit der IHK-Zwangsmemberschaft. In der Struktur haben sich die Liberalen Frauen etablieren können, seit letztem Jahr macht der Liberale Mittelstand von sich Reden. Dass sich die Öffentlichkeitspräsenz seit Jahren erhöht hat, muß hier nicht mehr erwähnt werden.

Neu auf den Plan gerufen wird in den nächsten Monaten die Kulturfrage. Das erklärte Landeschef Uwe Barth, MdB, zur Jahresabschlusskonferenz. Mit einer Kulturkampagne, die auch der Bundesverband durchführt, soll auf die Verantwortung und den Auftrag der (Landes)Regierungen für Kultur verwiesen werden. So wird Uwe Barth dem Ministerpräsidenten Dieter Althaus einen KulturBEUTEL überreichen.

Im Frühjahr wird der Landesparteitag, der turnusgemäß die Bundesparteitagsde-

legierten wählt, die Programmatik weiter schärfen. Generalsekretär Patrick Kurth will insbesondere Wirtschafts- und Mittelstandspolitik in den Mittelpunkt stellen. Dafür werden die Landesfachausschüsse zuvor Themen, z.B. zur Mittelstandsförderung oder zur oben erwähnten IHK-Frage erarbeiten.

Letztlich werden sich in der ersten Jahreshälfte die Verantwortlichen im Landesverband aber auch in den Kreisen weiter etablieren müssen. Dazu gehören innerparteiliche Beiträge zur Programmatik ebenso wie die Präsentation unserer Partei auf allen Ebenen in der Öffentlichkeit. Am Wichtigsten erscheint aber, die Geschwindigkeit und die „Betriebstemperatur“ der FDP aufrecht zu erhalten. Wird weiter beständig das Kerngeschäft bearbeitet aber auch das Vereinsleben in unserer Partei gepflegt, ist nicht wenig Kraft und Zeit bereits verplant. Andererseits führt genau dieses zu Erfolg. *hjh*

Liberales Programm Online

Ausschüsse bereiten Liberales Lexikon vor



Das virtuelle Liberale Lexikon bietet einen umfangreichen Einblick in die Parteiprogrammatik der FDP Thüringen.

Wird über Themen wie Bodenreform, Ärztemangel oder Studiengebühren gesprochen, ist Sachverstand nötig. Müssen Parteitagsdelegierte über Neuverschuldungsverbot, Mindeststandards im Bildungswesen oder Kreisgebietsreform entscheiden, dürfen sie erwarten, dass die Anträge vorbereitet und vorbesprochen sind. Aber auch wenn Mitglieder eigene programmatische Vorstellungen und Interessen haben, brauchen sie ein Forum. Für diese und weitere Aufgaben sind die Landesfachausschüsse der FDP Thüringen zuständig. Sie erarbeiten die programmatischen Themenfelder, sind für Detailfragen zuständig und formulieren kompetent die Ausrichtung der FDP in den Politikfeldern. Seit Ende des letzten Jahres verfügt die Thüringer

FDP über insgesamt fünf Ausschüsse. Bekannt sind die LFA I 'Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst', LFA II 'Innen, Justiz, Bund, Europa', LFA III 'Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur' und LFA IV 'Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales'. Neu ist der LFA V 'Steuern, Finanzen, Haushalt und Kommunales'. Zudem hat sich der Unterausschuss Landwirtschaft etabliert, der zum LFA III gehört. Auf Beschluss des Landesvorstandes wurden die bisherigen Leiter bestätigt. Für den LFA V wurde Landesvize Daniel Scheidel berufen.

Intensiv prüfen die Ausschüsse derzeit die bisherige Programmatik auf Aktualität und Richtigkeit. Ziel ist es, rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag, die vollständige FDP-Programmatik in Form des Liberalen Lexikons

vorzustellen. Auf einer Internet-Plattform wird den Nutzern ein schneller und lesbarer Einblick in die programmatischen Aussagen der FDP zu Einzelthemen präsentiert. In Artikelform wird auf die störende Prosa und Lyrik anderer Parteiprogramme verzichtet.

Eingeladen sind alle Mitglieder aber auch Interessenten, sich in die Arbeit der LFA einzubringen. Sie können ihre persönlichen Interessen und Schwerpunkte in die Programmarbeit einfließen lassen. Dass die Themen und Papiere, die in den Thüringer Fachausschüssen geboren werden, auch bis „ganz nach oben“ gelangen können, zeigt der Antrag zum Verbot von Neuverschuldungen. Im November wurde dieser von der Thüringer FDP zum Bundesparteitag eingebrachte Antrag vom FDP-Bundesvorstand beschlossen – und zwar einstimmig. pak

LANDESFACHAUSSCHÜSSE

LFA I: Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst, Leiter: Jürgen Ehrlich, Gotha

LFA II: Innen, Justiz, Bund, Europa, Leiter: Herbert von Schlotheim-Reinbrecht, Jena

LFA III: Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur, Leiter: Jürgen Lange, Erfurt

LFA IV: Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales, Leiter: Jost Hofmann, Jena

LFA V: Steuern, Finanzen, Haushalt und Kommunales, Leiter: Daniel Scheidel, Altenburg

Termine und Themen der LFA-Sitzungen finden Sie unter www.fdp-thueringen.de. Zur Teilnahme an den Veranstaltungen wenden Sie sich bitte an die Landesgeschäftsstelle.

GEBURTSTAGE

Thüringen Liberal gratuliert ganz herzlich zu ihrem Geburtstag unter anderem: Ilka Brückner, Michael Stück, Dr. Stefan Feuerstein und Dirk Bergner.

Zum 80. Geburtstag besondere Gratulation an Günter Werner.

Herzlichen Glückwunsch auch an die zahlreichen Geburtstagskinder, die hier nicht namentlich aufgeführt wurden.

60 Jahre liberale Partei

Zu Ihrem 84. Geburtstag erhielt Parteifreundin Irmgard Bernst aus Ifla auch die Urkunde und die Medaille für 60 Jahre Mitgliedschaft bei den Liberalen. Herzlichen Glückwunsch.

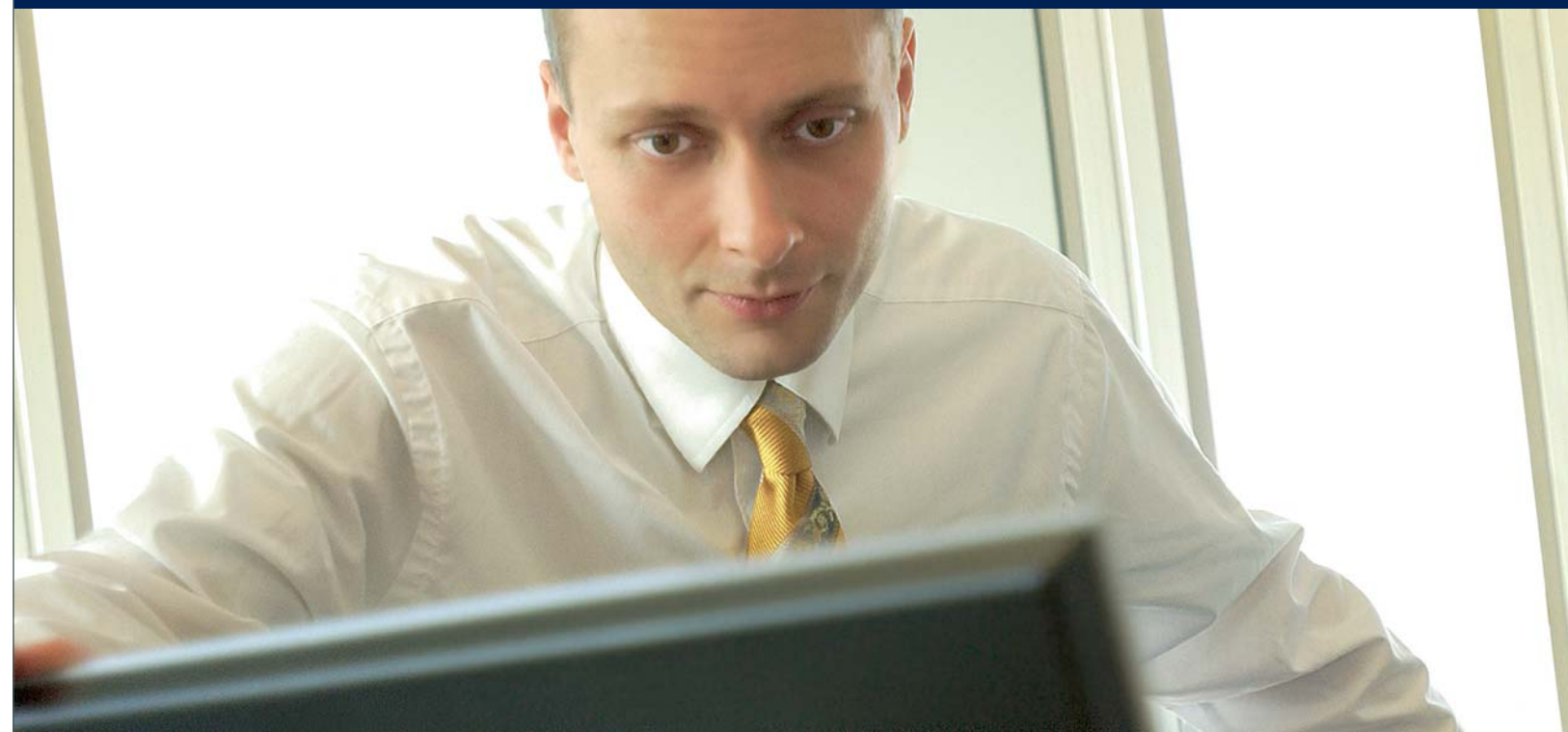
Aufwandsabrechnungen

Alle Amts- und Funktionsträger auf Kreis- und Landesebene können ihre Auslagen für die Parteiarbeit steuerlich geltend machen.

Bitte nutzen Sie dazu den Antrag auf Aufwandsabrechnungen. Bei Tätigkeiten für den Kreisverband senden Sie den Antrag an Ihren Kreisschatzmeister. Für Landesverbandsauslagen ist die Landesgeschäftsstelle zuständig.

Vorstandswahlen

Wir gratulieren allen gewählten Kreisvorständen und wünschen eine gute, gewinnbringende und arbeitsreiche Legislatur. Gleiches gilt für die noch zu wählenden Kreisvorstände.



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

NEUE AUTOS BRAUCHT DAS LAND!

Im Dezember hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit dem Kompromiss über die Abgasnormen Euro 5 und 6 zugestimmt

Was ist besser für die Umwelt? Strengere Abgaswerte für neue Autos oder weniger alte Rostlauben auf unseren Straßen? Verschärfte Abgasnormen lösen das Problem nicht von alleine. Schon heute sind die neuen Autos nicht mehr Luftverschmutzer Nummer 1. Auf Deutschlands Straßen fahren Pkw, die im Durchschnitt acht Jahre und damit so alt wie nie zuvor sind. Technologien müssen nicht nur verfügbar, sie müssen auch marktfähig und für den Verbraucher bezahlbar sein. Es bringt der Umwelt wenig, wenn wir die alten Autos nicht von der Straße bekommen, weil die neuen, sauberen Fahrzeuge nicht bezahlbar sind.

Das Russpartikelproblem der Diesel-Fahrzeuge ist mit den Euro 5-Grenzwerten, die ab 2009 gelten, gelöst. Der Dieselpartikelfilter wird für die Einhaltung der neuen Grenzwerte Pflicht: Die Feinstaub-Emis-

sionen werden um 80 Prozent gegenüber der aktuellen Euro 4-Norm reduziert. Mit modernen Motoren und Partikelfiltern wird aus manchem neuen Diesel-Pkw ein Feinstaubsauger: Aus dem Auspuff kommt künftig sauberere Luft als vorne angesaugt wird. Als Berichterstatter für die Luftqualitäts-Richtlinie wünschte ich mir, dass alle technischen Systeme in Zukunft so sauber und energieeffizient sind wie die modernen Automobile!

Als Berichterstatter für die Liberalen bei den Verhandlungen über Euro 5 und Euro 6 (die folgende Abgasstufe, die ab 2014 verpflichtend gelten wird) habe ich mich für eine Politik mit Augenmaß gegenüber den automobilfeindlichen Phantasien der Grünen eingesetzt. Liberale, Konservative und Sozialisten konnten im Parlament einen Kompromiss erzielen, dem auch die Vertreter

der EU-Mitgliedsstaaten zugestimmt haben. Damit ist eine schnelle Einigung in erster Lesung erzielt. Der beschlossene Zeitplan gibt der Automobilindustrie die notwendige Planungssicherheit, das gilt insbesondere für die Euro 6-Norm. Bei den Stickoxidemissionen, die ab 2014 bei Diesel-Pkws um weitere 60% verschärft werden, haben die Hersteller nun genügend Zeit um marktfähige Abgasnachbehandlungssysteme zu entwickeln.

Die nun beschlossenen Grenzwerte für Dieselruß und Stickoxide sind ambitioniert und trotzdem realistisch. Sie ziehen keine Kostenexplosion für Hersteller und Verbraucher nach sich, darauf kam es mir an.

HOLGER KRAHMER - MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT - ASP 106142 - 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL - TELEFON +32 2 28-45344 - TELEFAX +32 2 28-49344
HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU - HOLGER-KRAHMER.DE

Friedrich-Naumann-Stiftung

NGOs and Political Parties – adversaries or complementary players?

Sind bürgerschaftliches Engagement und politische Parteien ein Gegensatz oder ergänzen sie sich? So ließe sich der Veranstaltungstitel frei übersetzen, unter dem die Internationale Akademie für Führungskräfte der Friedrich-Naumann-Stiftung 24 politische Nachwuchskader aus achtzehn verschiedenen Nationen im Dezember in die Bundesrepublik eingeladen hatte. Auch in Erfurt nahm die Delegation einen Termin wahr, deren Teilnehmer aus Indonesien, Kambodscha, Georgien, Simbabwe, Tansania, Argentinien oder Bolivien angereist waren. Das Landesbüro Thüringen der Stiftung hatte eine Gesprächsrunde mit „Basis-Politikern“ organisiert. Ziel war es, den Gästen einen Einblick

einen oder der Freiwilligen Feuerwehr zusammen arbeiten. „Bei diesen nichtstaatlichen Vereinen bestehen viele Chancen, mit den Menschen in Kontakt zu kommen.“ Heinz Untermann nahm sich intensiv Zeit für die Fragen der anwesenden Gäste, unter anderem nach Wahlergebnissen, den Liberalismus als globalen Gedanken oder der Politikverdrossenheit. Bei letztgenanntem Thema verwies Untermann auf die Bedeutung der NGOs. „Politikverdrossenheit ist ein ernstzunehmendes Problem, weil davon extremistische Parteien profitieren. Es ist Aufgabe der demokratischen Parteien mit guter Politik entgegenzuwirken. Und es zählen auch familiäre Bindungen und Sportvereine-

der FDP-Mitglieder in Floh-Seligenthal sind klassische Mittelständler. Diese Mittelständler schaffen Arbeitsplätze“, betonte Fräbel. Wichtig sei, dass Mittelständler politisch aktiv sind und Einfluss auf die Politik in der Kommune nehmen. Die Bedeutung der NGOs definiert er klar: „Unsere Gemeinde ist darauf angewiesen. Ohne die Vereine wäre eine sinnvolle Freizeitbetätigung unserer Kinder nicht möglich.“ Was er sich jedoch wünscht: Mehr FDP-Mitglieder in den Vorständen dieser Vereine. Ist dies nicht möglich, dreht man den Spieß um. Die Vorstandsmitglieder der Vereine kandidieren auf der Liste der FDP, denn Vereinsmitglieder wählen ihre eigenen Leute!

Quintessenz der Veranstaltung: Nichtstaatliche Organisationen stehen nicht im Gegensatz zur Politik. Sie ergänzen sie nicht nur, sondern sie sind unverzichtbarer Bestandteil der politischen Kultur und müssen intensiv genutzt werden. Das, was die Friedrich-Naumann-Stiftung von Seiten der Internationalen Akademie für Führungskräfte vermittelt, sollte auch von den Liberalen in Thüringen umgesetzt werden. Das es einige Kreisverbände bereits so handhaben, sollte anderen ein Ansporn sein! *Matthias Purdel, Landesbeauftragter Friedrich-Naumann-Stiftung*



über das politische Durchhaltevermögen zu geben, dass auch in der gefestigten Demokratie Deutschland notwendig ist.

Aus ihrer täglichen Arbeit auf kommunaler und regionaler Ebene informierten Heinz Untermann, FDP-Landesvorstand und FDP-Chef in Sömmerda, sowie Peter Fräbel, der als FDP-Bürgermeister von Floh-Seligenthal 2006 mit 99,4 Prozent bestätigt wurde. Untermann schilderte ganz bürger- und praxisnah seine Erfahrungen aus der außerparlamentarischen Opposition. „Es ist doch wie im Fußball! Keiner möchte lange auf der Ersatzbank sitzen, also muss man mehr machen als die anderen.“ Konkret heißt das: Durchhalten und auf den Einsatz vorbereitet sein. „Wichtig ist, dass unsere außerparlamentarische Arbeit von den Medien und der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Dabei müsse Politik immer auch mit Ehrenamtlern wie Sport- und Schützenver-

wie alle sozialen und nichtstaatlichen Organisationen vor Ort.“

Mit Peter Fräbel konnte einer der erfolgreichsten liberalen Kommunalpolitiker aus Thüringen für die Runde gewonnen werden. Fräbel ist seit 1990 Bürgermeister in Floh-Seligenthal, der zweitgrößten Gemeinde Thüringens, die nur von den großen Städten überboten wird. Warum sich diese Gemeinde so positiv entwickelte? „Die Ergebnisse haben ihre Ursache in der guten Politik der FDP vor Ort“, berichtete er den Gästen um fortzuführen, „die Entwicklungen in der Kommune sind häufig anders, als auf Landesebene“. Beispiel Rechtsruck in vielen Ländern. Dieser sei in seiner Kommune kein Thema. „Es ist die Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen, Ziel ist aber immer das Machbare, nicht das Wünschenswerte. Andererseits wird der Mittelstand als Motor der Wirtschaft einbezogen. Fünfzig Prozent

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen · Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (hjh)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kdI)

Layout & Satz ▶ RAUM II Jahn & Ekelmann GBR
Ernst-Schneller-Straße 7
D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.